

WAS GETAN WERDEN MUSS

von Hans-Hermann Hoppe

(übersetzt und eingelesen von: Andreas Tank)

Ein etwas passenderer Titel¹ wäre „Gesellschaft, Staat und Freiheit: Die österreichisch-libertäre Strategie der sozialen Revolution“. Deshalb möchte ich nach all den gemäßigten Reden, die Sie zuvor gehört haben, noch ein wenig mehr erreichen. Ich möchte mit einigen ziemlich konkreten strategischen Ratschlägen enden, aber um dies tun zu können, muss ich zunächst diagnostizieren, wo das Problem liegt, sonst könnte die Heilung schlimmer sein als die Krankheit. Und diese Diagnose beinhaltet eine Art systematische Rekonstruktion, bzw. theoretische Erklärung der Menschheitsgeschichte.

GESELLSCHAFT UND KOOPERATION

Lassen Sie mich mit ein paar Worten über die Gesellschaft beginnen. Warum gibt es Gesellschaft? Warum kooperieren Menschen miteinander? Warum gibt es eine friedliche Zusammenarbeit und keinen permanenten Krieg zwischen den Menschen? Österreicher und insbesondere Misesianer betonen, dass wir nicht so etwas wie Sympathie oder Liebe für andere Menschen annehmen müssen, um dies zu erklären. Eigeninteresse - das heißt, mehr gegenüber weniger zu bevorzugen - reicht völlig aus, um dieses Phänomen der Zusammenarbeit zu erklären. Menschen kooperieren, weil sie erkennen können, dass Produktion unter Arbeitsteilung produktiver ist als autarke Isolation. Stellen Sie sich vor, wir würden uns aus der Arbeitsteilung zurückziehen, und Sie würden sofort erkennen, dass wir hoffnungslos arm wären und ein Großteil der Menschheit sofort aussterben würde.

Beachten Sie hier einen wichtigen Punkt und ich werde später darauf zurückkommen. Was diese Erklärung impliziert und was sie nicht impliziert: Es impliziert natürlich nicht, dass es immer und ohne Ausnahme oder Störung nichts als Frieden unter den Menschen geben wird. Es wird immer Räuber und Mörder auf der Welt geben und jede Gesellschaft muss sich irgendwie damit auseinandersetzen. Aber was es impliziert, ist, dass die Hobbes'sche Darstellung der Entstehung einer friedlichen Zusammenarbeit grundlegend falsch ist.

Thomas Hobbes ging davon aus, dass sich die Menschen ständig an die Gurgel gehen würden, wenn nicht ein unabhängiger Dritter - das ist natürlich der Staat - zwischen ihnen Frieden schließen würde. Jetzt merkt man sofort, was für eine seltsame Konstruktion das ist. Es wird angenommen, dass Menschen böse Wölfe sind, und sie können in Schafe verwandelt werden, wenn ein weiterer dritter Wolf über sie herrscht. Wenn dieser Dritte auch ein Wolf ist, so wie er es wohl sein muß, dann impliziert das offensichtlich, auch wenn er Frieden zwischen zwei Individuen

¹ Wladimir Lenin verlieh im Jahre 1902 einem Buch den Titel Was tun? (oder Was getan werden muss), das seine Pläne, den Kommunismus nach Russland zu bringen, beschrieb. Hoppe beschreibt mit demselben Titel seine Pläne, den Libertarismus in die amerikanische Gesellschaft zu bringen.

[Dieser Vortrag wurde ursprünglich auf der Konferenz „The Bankruptcy of American Politics“ gehalten, die vom Mises Institute gesponsert wurde und vom 24. bis 25. Januar 1997 in Newport Beach, Kalifornien, stattfand.]

schließen kann, dass es einen permanenten Krieg zwischen dem herrschenden Wolf und den beiden Wölfen geben würde, die jetzt friedlich miteinander kooperieren.

Was dies impliziert, ist etwas von großer Bedeutung. Es darf keinen Staat geben, oder es darf keine unabhängige dritte Partei geben, um eine Zusammenarbeit zwischen zwei Personen zu haben. Das kann man auch sofort erkennen, wenn man sich zum Beispiel nur die internationale Landschaft ansieht. So etwas wie eine Weltregierung gibt es nicht - zumindest noch nicht - und trotzdem kooperieren Menschen verschiedener Länder immer noch friedlich miteinander. Oder: auch aus dem größten sozialen Chaos erwächst immer wieder Kooperation.

Worauf es hinausläuft, ist einfach, dass die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Menschen ein perfekt natürliches und ständig wieder auftauchendes Phänomen ist; und aus dieser Zusammenarbeit entsteht dann, ebenso natürlich und gleichermaßen getrieben von Eigeninteresse, Kapitalbildung, und Geld als Tauschmittel, und dann dehnt sich die Arbeitsteilung schließlich auf den ganzen Erdball aus, und ebenso wird Geld, Warengeld, auch zu einem weltweit gebrauchten Warengeld. Der materielle Lebensstandard steigt für alle, und basierend auf höheren materiellen Lebensstandards kann ein immer ausgefeilterer Überbau von immateriellen Gütern, nämlich die Zivilisation - Wissenschaft, Kunst, Literatur und so weiter - entwickelt und aufrechterhalten werden.

SCHUTZ UND STAAT

Aber etwas kann und hat offenbar begonnen, das diese normale, von Eigeninteressen getriebene Entwicklung stört und verzerrt oder gar zu Fall bringt. Und das ist natürlich der Staat, den ich zunächst, eher abstrakt, als einen durch Zwang finanzierten territorialen Monopolisten des Schutzes bezeichnen werde. Das heißt, ein Monopolist der Verteidigung und der Bereitstellung und Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Wie entsteht nun ein Staat? Auch wenn dies generell, und ich denke absichtlich, verwechselt wird, sollte von Anfang an deutlich gemacht werden, dass Recht und Ordnung oder der Schutz des Eigentums und das staatliche Recht, die staatliche Ordnung und der staatliche Schutz nicht ein und dieselbe Sache sind; das sind keine identischen Begriffe. Ebenso wie das Eigentum und die soziale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Arbeitsteilung natürlich sind, ist das menschliche Verlangen, sein Eigentum vor natürlichen und sozialen Katastrophen wie Kriminalität zu schützen, ein ganz natürliches Verlangen. Und um diesen Wunsch zu befriedigen, gibt es in erster Linie Selbstschutz. Vorsorge, Versicherung (individuell oder kooperativ), Wachsamkeit, Selbstverteidigung und Bestrafung.

Und an der Wirksamkeit eines Schutzsystems, das auf der Bereitschaft der Völker zur Selbstverteidigung beruht, darf kein Zweifel bestehen. Dies ist, wie Recht und Ordnung die meiste Zeit für den Großteil der Menschheit aufrechterhalten wurde. In jedem Dorf wird bis heute grundsätzlich Recht und Ordnung auf diese Weise aufrechterhalten. Im amerikanischen Wilden Westen, der im Vergleich zur aktuellen Situation nicht gerade „wild“ war, wurden Recht und Ordnung so aufrechterhalten, indem die Menschen bereit waren, sich selbst zu verteidigen.

Darüber hinaus wird die Arbeitsteilung dann natürlich die Produktion von Sicherheits- und Schutzdiensten beeinflussen. Je höher der Lebensstandard, desto mehr Menschen werden sich neben Selbstverteidigungsmaßnahmen auch an den

Vorteilen der Arbeitsteilung beteiligen und sich zum Schutz an einen spezialisierten Beschützer, an Anbieter von Recht und Ordnung, Gerechtigkeit und Schutz binden wollen. Und natürlich wird jeder Mensch diese besondere Aufgabe von Personen oder Institutionen suchen, die etwas haben, um sich selbst zu schützen - die über die Mittel verfügen, um einen wirksamen Schutz zu gewährleisten und die einen Ruf als gerechte und unparteiische Richter haben. In jeder Gesellschaft mit mehr als dem geringsten Grad an Komplexität werden schnell spezifische Individuen entstehen, die aufgrund von Eigentum, das sie zu verteidigen haben, einen guten Ruf und weiteres haben, die Rolle von Richtern und Friedensstiftern und Beschützern übernehmen werden. Und wieder verdeutlicht jedes einzelne Dorf bis heute, jede kleine Gemeinde und natürlich auch der Wilde Westen die Wahrheit dieser Schlussfolgerung.

Schutz ist auch ohne Staat möglich. Das sollte absolut offensichtlich sein, aber in einem Zeitalter etatistischer Verschleierung und Verwirrung ist es immer notwendiger, diesen elementaren und doch, wie wir sehen werden, sehr gefährlichen Einblick zu betonen. Der entscheidende Schritt, die Menschheitsgeschichte von ihrem natürlichen Lauf - der Erbsünde der Menschheit, sozusagen - abzulenken, vollzieht sich gewissermaßen mit der Monopolisierung der Bereitstellung von Schutz, Verteidigung, Sicherheit und Ordnung: der Monopolisierung dieser Aufgaben durch einen einzigen dieser ursprünglich zahlreichen Beschützer unter Ausschluss aller anderen. Ein Schutzmonopol besteht, wenn eine einzige Behörde oder eine einzige Person effektiv darauf bestehen kann, dass jeder in einem bestimmten Gebiet ausschließlich zu ihm kommt, um Gerechtigkeit und Schutz zu erhalten. Das heißt, dass sich niemand allein oder ausschließlich auf Selbstverteidigung verlassen oder sich zum Schutz an jemand anderen binden kann. Sobald dieses Monopol erreicht ist, ist die Finanzierung dieses Beschützers nicht mehr vollständig freiwillig, sondern wird teilweise zwingend.

Und wie die österreichische Schule voraussagt, wird der Schutzpreis steigen, sobald es keinen freien Zutritt mehr in das Geschäft des Eigentumsschutzes oder eines anderen Unternehmens in diesem Gebiet gibt, und die Qualität des Schutzes wird sinken. Der Monopolist wird immer weniger zu einem Beschützer unseres Eigentums und immer mehr zu einem Schutzerpresser oder sogar zu einem systematischen Ausbeuter von Eigentümern. Er wird ein Aggressor gegen und ein Zerstörer der Menschen und ihres Eigentums werden, das er ursprünglich schützen sollte.

Was nun mit abstrakten Begriffen (Monopol) leicht zu beschreiben ist, ist in der Praxis eine mühsame und langwierige Aufgabe. Wie kann jemand damit davonkommen, alle anderen Beschützer von der Konkurrenz auszuschließen? Und warum sollten die Menschen und vor allem die ausgeschlossenen anderen potenziellen Friedensstifter und Richter so etwas zulassen, dass ein Individuum diese Dienstleistung monopolisiert? Nun ist die Antwort bezüglich des Ursprungs des Staates im Detail sehr kompliziert, aber in seiner allgemeinen Struktur sehr leicht zu erkennen.

Erstens muss jeder Staat, das heißt jede monopolistische Schutzbehörde, auf einer äußerst kleinen territorialen Ebene, wie zum Beispiel einem Dorf, anfangen, bzw. kann nur dort entstehen. Es ist praktisch unvorstellbar, dass ein Weltstaat oder ein Schutzmonopol, das die gesamte Weltbevölkerung umgibt, von Jetzt auf Gleich entstehen könnte.

Zweitens müssen wir feststellen, dass nicht einfach irgendjemand zu einem lokalen Schutzmonopol wird. Vielmehr sind die lokalen Schutzmonopolisten zunächst

Mitglieder der natürlichen sozialen Elite. Das heißt, sie sind zunächst angesehene und anerkannte Mitglieder der Gesellschaft. Sie wurden auch, bevor sie die Position eines Monopolisten erreichten, zuvor freiwillig als Beschützer ausgewählt. Nur als etablierte und anerkannte Eliten, deren Autorität im Wesentlichen freiwillig ist, ist es ihnen möglich, diesen entscheidenden Schritt zur Monopolisierung zu machen und damit davonzukommen.

Das heißt, jede anfängliche lokale Regierung oder Staat entsteht in Form von persönlichen oder privaten Herrschaften oder von Fürstenherrschaft. Niemand würde einfach irgendjemanden mit der Aufrechterhaltung von Recht, Ordnung und Gerechtigkeit betrauen, und insbesondere, wenn diese Person oder Agentur ein Monopol für diese besondere Aufgabe hätte. Stattdessen würden die Menschen offensichtlich Schutz von jemandem suchen, der bekannt ist und als eine sachkundige Person bekannt ist, und nur eine solche Person, ein Adelliger oder ein Aristokrat, kann möglicherweise anfänglich eine Monopolstellung erlangen.

Historisch gesehen sind übrigens, wenn man sich die moderne oder antike Geschichte ansieht, die Staaten überall im Grunde genommen die ersten Fürstenstaaten, und erst später werden sie zu demokratischen Staaten. Und obwohl es wahr ist, dass Staaten nur lokal und gewöhnlich als Fürstenstaaten beginnen müssen, dauerte es noch hunderte von Jahren, bis etwas, das dem modernen Staat auch nur ähnelt, entstand.

DIE UNMÖGLICHKEIT DER BESCHRÄNKTEN REGIERUNG

Nun, sobald das Schutzmonopol in Kraft ist, wird eine eigene Logik in Gang gesetzt. Jeder Monopolist nutzt seine Position. Der Schutzpreis wird steigen, und was noch wichtiger ist, der Inhalt des Gesetzes, d.h. die Produktqualität, wird zum Vorteil des Monopolisten und auf Kosten der anderen geändert. Gerechtigkeit wird pervertiert, und der Beschützer wird immer mehr zum Ausbeuter und Enteigner. Genauer gesagt werden durch die territoriale Monopolisierung des Schutzes zwei Tendenzen erzeugt. Erstens eine Tendenz zur Ausweitung der Ausbeutung und zweitens eine Tendenz zur Intensivierung der Ausbeutung.

Als ursprünglich lokale Institutionen, haben die Staaten, getrieben von dem Eigeninteresse, mehr Einkommen statt weniger zu wollen, eine inhärente Tendenz - zu territorialer Expansion. Je mehr Subjekte ein Staat schützt - bzw. besser gesagt ausbeutet - desto besser für ihn. Die Konkurrenz zwischen den Staaten - das heißt, die territorialen Monopolisten - ist eine eliminierende Konkurrenz: entweder bin ich der Monopolist oder du bist der Monopolist, der die Menschen abzockt.

Darüber hinaus können sich bei zahlreichen Staaten Menschen leicht mit den Füßen wegbewegen. Ein Bevölkerungsverlust ist aus Sicht des Staates jedoch ein störendes Problem. So geraten Staaten fast automatisch in Konflikt miteinander, und eine Möglichkeit, diesen Konflikt aus etatistischer Sicht zu lösen, ist die territoriale Expansion: entweder durch Krieg oder durch Mischehen und manchmal ganz unverblümt durch Kauf. Letztendlich würde diese Tendenz erst mit der Etablierung eines Eine-Welt-Einzelstaates zum Stillstand kommen.

Die zweite Tendenz ist die Intensivierung der Ausbeutung. Die Ausweitung der Ausbeutung - das Abzocken der Menschen - eines staatlichen Monopols, impliziert an und für sich eine Intensivierung, denn je kleiner die Zahl der konkurrierenden Staaten ist - das heißt, je größer die Staatsgebiete werden - desto geringer sind die

Möglichkeiten, mit den Füßen abzustimmen. Und unter dem Szenario eines Weltstaates bedeutet das, wohin man auch geht, dass die Steuer- und Regulierungsstruktur die gleiche ist. Das heißt, wenn die Auswanderungsgefahr verschwunden ist, wird die monopolistische Ausbeutung natürlich zunehmen - das heißt, der Schutzpreis wird steigen, und die Qualität wird sinken.

MONARCHIE VS. DEMOKRATIE

Aber selbst darüber hinaus wird der Monopolist, sobald ein Schutzmonopol für ein Gebiet einer bestimmten Größe besteht, versuchen, seine Ausbeutung zu intensivieren und sein Einkommen und seinen Reichtum auf Kosten der beschützten Subjekte so weit wie möglich zu erhöhen. Solange das Monopol von einer einzigen Person gehalten wird, wie einem Prinzen oder einem König, und besonders, wenn es ein erbliches Monopol ist, liegt es im Interesse des Monopolisten, weil er das Monopol und den Kapitalwert davon besitzt, den Wert seines Eigentums zu erhalten. Er wird heute wenig ausbeuten, um morgen mehr auszubeuten.

Der Widerstand der Bevölkerung gegen die Ausweitung der Staatsgewalt wird sehr hoch sein, wenn eine einzelne Person das Sagen hat, weil es offensichtlich keinen freien Zutritt zum Staatsapparat gibt und die Vorteile des Monopols einem einzigen Mann und seiner Großfamilie - dem erblichen Adel - zugute kommen. Dementsprechend werden die öffentlichen Ressentiments und die Wachsamkeit erhöht, und Versuche, die Ausbeutung zu intensivieren, finden schnelle und schwerwiegende Einschränkungen. Die Menschen hassten den König, weil sie erkannten, dass „er der Herrscher ist und wir von ihm regiert werden“.

Es ist absehbar, dass der Wunsch des Staates nach einer verstärkten Ausbeutung nur im Zusammenhang mit der - über Jahrhunderte hinweg durchgeführten - Reform des Staates von einem fürstlichen zu einem demokratischen Staat vorangebracht wurde. Unter der modernen Mehrheitsdemokratie - also der Art von Staat, der nach dem Ersten Weltkrieg weltweit in voller Blüte stand - verschwinden Monopol und Ausbeutung nicht. Die Mehrheitsdemokratie ist kein System der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung. Staat und Volk sind nicht ein- und dasselbe. Mit der Ersetzung eines gewählten Parlaments und Präsidenten durch einen nicht gewählten Prinzen oder König bleibt der Schutz ebenso ein Monopol wie zuvor. Was geschieht, ist nur das folgende: Das territoriale Schutzmonopol wird jetzt öffentliches und nicht mehr privates Eigentum. Anstelle eines Prinzen, der es als sein privates Eigentum betrachtet, wird ein vorübergehender und austauschbarer Hausmeister als Verantwortlicher für die Schutzgelderpressung eingesetzt. Dem Hausmeister gehört das Schutzgeld nicht. Stattdessen darf er die aktuellen Ressourcen nur zu seinem eigenen Vorteil nutzen. Er besitzt das Nutzungsrecht, aber den Kapitalwert besitzt er nicht. Dies beseitigt nicht die von Eigeninteressen getriebene Tendenz zu vermehrter Ausbeutung. Im Gegenteil, es macht die Ausbeutung nur weniger rational, weniger berechnend und stattdessen kurzsichtiger und verschwenderischer.

Darüber hinaus ist der Eintritt in eine demokratische Regierung offen - jeder kann Präsident werden - Widerstand gegen Eingriffe auf das Eigentum seitens des Staates wird reduziert. Dies führt zum gleichen Ergebnis: Unter demokratischen Bedingungen wird zunehmend das Schlimmste im freien Wettbewerb an die Spitze des Staates steigen. Wettbewerb ist nicht immer gut. Der Wettbewerb um den gerissensten Aggressor gegen Privateigentum ist nichts begrüßenswertes. Und genau das ist es, worauf Demokratie hinausläuft.

Fürsten und Könige waren Dilettanten als Herrscher und hatten normalerweise ein gutes Maß an natürlicher Elitenerziehung und Wertesystemen, um oft genug einfach so zu handeln, wie es ein guter Haushaltsvater getan hätte. Demokratische Politiker hingegen sind und müssen professionelle Demagogen sein, die auch die einfachsten - und das sind typischerweise die egalitären Instinkte - ständig ansprechen, da jede Stimme offensichtlich so gut ist wie jede andere. Und weil öffentlich gewählte Politiker nie persönlich für den offiziellen öffentlichen Dienst zur Verantwortung gezogen werden, sind sie aus der Sicht derer, die ihren Besitz schützen und Sicherheit wollen, weitaus gefährlicher, als es jemals irgendein König war.

Wenn man diese beiden Tendenzen kombiniert, die ich erwähnt habe, die einem Staat innewohnen: Intensivierung - Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung und Extensivierung; dann erhält man eine Eine-Welt-Demokratie, mit einer Eine-Welt-Papierwährung, die von einer Welt-Zentralbank ausgegeben wird.

AKTUELLE BEDINGUNGEN

Lassen Sie mich zunächst mal eine Bilanz ziehen. Wir stehen am Ende des 20. Jahrhunderts, näher als je zuvor an dem Endzustand eines Eine-Welt-Staates, jedenfalls näher als je zuvor in der Geschichte. Die Vereinigten Staaten sind die einzige Supermacht und der weltgrößte Polizist. Gleichzeitig ist die Demokratie fast universell geworden, und die führende Macht der Welt, die Vereinigten Staaten, sind der weltweit führende Verfechter der Demokratie.

Einige Neokonservative wie Francis Fukuyama wiesen darauf hin, dass dies das Ende der Geschichte sein müsse. Eine Weltdemokratie, wir haben sie fast erreicht. Nun, aus österreichisch-libertärer Sicht, sehen die Dinge etwas anders aus. Unter einer hochgradig zentralisierten Demokratie, oder lassen Sie es mich die hochgradig zentralisierte Pöbel-Herrschaft nennen, ist die Sicherheit des Privateigentums fast völlig verschwunden. Der Preis für den Schutz ist enorm, und die Qualität der ausgegebenen Gerechtigkeit ist ständig bergab gegangen. Es hat sich bis zu dem Punkt verschlechtert, dass die Vorstellung von unveränderlichen Gesetzen der Gerechtigkeit, des Naturrechts, fast vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden sind. Recht gilt als nichts anderes als staatlich geschaffenes Gesetz - positives Recht. Recht und Gerechtigkeit ist alles das, von dem der Staat sagt, das es das ist. Es gibt noch Privateigentum dem Namen nach, aber in der Praxis wurden Privateigentümer fast vollständig enteignet. Anstatt die Menschen vor Eindringlingen und Invasionen auf Personen und Eigentum zu schützen, hat der Staat sein eigenes Volk zunehmend entwaffnet und ihnen ihr elementarstes Recht auf Selbstverteidigung genommen.

Darüber hinaus steht es Privateigentümern nicht mehr frei, andere Personen nach eigenem Ermessen von ihrem Eigentum auszuschließen oder sie einzubeziehen. Das Recht einzuschließen, wenn Sie wollen, oder auszuschließen, wenn Sie wollen, ist ein wesentlicher Bestandteil des privaten Eigentums. Und dies beinhaltet einen Verteidigungsmechanismus; es ist eine Anti-Invasionsmethode, dass Sie Menschen aus Ihrem Eigentum werfen können. Aber dieses Recht, Menschen von Ihrem Eigentum zu vertreiben, insbesondere kommerziellem Eigentum, wurde Ihnen vollständig genommen. Und ohne dieses Recht - und niemand kann heute nach Belieben einstellen oder entlassen, kaufen oder verkaufen, von seinem Eigentum einschließen oder ausschließen - ohne all dies, fehlt auch eine weitere Methode, sich von der Invasion zu verteidigen.

Der Staat, der uns schützen sollte, hat uns in der Tat völlig hilflos gemacht. Er beraubt seine Untertanen von mehr als der Hälfte ihres Einkommens, das nach der öffentlichen Meinung und nicht nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit verteilt wird. Es unterwirft unser Eigentum tausenden von willkürlichen und invasiven Vorschriften. Wir können nicht mehr frei einstellen und entlassen, wen wir wollen, aus welchem Grund auch immer wir das für gut und notwendig halten. Wir können nicht verkaufen oder kaufen, was wir wollen, an wen wir wollen und wo wir wollen. Wir können Preise nicht frei erheben, wie wir wollen, wir können uns nicht versammeln oder distanzieren, uns voneinander trennen mit wem wir wollen, oder mit wem wir das nicht wollen.

Anstatt uns also zu beschützen, hat der Staat uns und unser Eigentum dem Mob- und den Mob-Instinkten ausgeliefert. Anstatt uns zu schützen, verarmt es uns, zerstört unsere Familien, lokalen Organisationen, privaten Stiftungen, Vereine und Verbände, indem er sie alle zunehmend in seine eigene Umlaufbahn zieht. Und als Ergebnis all dessen hat der Staat das öffentliche Gefühl von Gerechtigkeit und persönlicher Verantwortung verdreht und eine wachsende Anzahl von moralischen und wirtschaftlichen Monstern und Monstrositäten gezüchtet und angezogen.

STRATEGIE: DIE ETATISTISCHE KRANKHEIT STOPPEN

Wie können der Staat und die etatistische Krankheit gestoppt werden? Nun komme ich zu meinen strategischen Überlegungen. Zunächst müssen drei grundlegende Einsichten oder Leitprinzipien erkannt werden. Erstens: Der Schutz des Privateigentums und des Rechts, der Justiz und der Strafverfolgung ist für jede menschliche Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Aber es gibt keinen Grund, warum diese Aufgabe von einer einzigen Agentur, von einem Monopolisten übernommen werden sollte. Tatsächlich ist es gerade der Fall, dass, sobald man einen Monopolisten hat, der diese Aufgabe übernimmt, er notwendigerweise die Gerechtigkeit zerstört und uns wehrlos gegen ausländische wie inländische Invasoren und Aggressoren machen wird.

Dann ist das ultimative Ziel, das man im Auge behalten muss, die De-Monopolisierung des Schutzes und der Gerechtigkeit. Schutz, Sicherheit, Verteidigung, Recht, Ordnung und Schiedsgerichtsbarkeit in Konflikten können und müssen wettbewerblich erbracht werden - das heißt, der Eintritt in den Bereich des Richterseins muss frei sein.

Zweitens, weil ein Schutzmonopol die Wurzel allen Übels ist, ist jede territoriale Ausweitung eines solchen Monopols auch per se böse. Jede politische Zentralisierung muss grundsätzlich abgelehnt werden. Im Gegenzug muss jeder Versuch politischer Dezentralisierung - Segregation, Trennung, Sezession usw. - unterstützt werden.

Die dritte grundlegende Einsicht ist, dass insbesondere ein demokratisches Schutzmonopol als moralische und wirtschaftliche Perversion abzulehnen ist. Mehrheitsregel und Schutz des Privateigentums sind unvereinbar. Der Gedanke der Demokratie muss lächerlich gemacht werden: Es ist nichts anderes als Pöbel-Herrschaft, die sich als Gerechtigkeit verkleidet. Als Demokrat betitelt zu werden, muss als das Schlimmste aller möglichen Komplimente angesehen werden! Das heißt nicht, dass man sich nicht an demokratischer Politik beteiligen darf; darauf werde ich später noch eingehen.

Aber man darf demokratische Mittel nur zu defensiven Zwecken einsetzen, das heißt, man kann eine antidemokratische Plattform nutzen, die von einem antidemokratischen Wahlkreis gewählt wird, um antidemokratische - das heißt antiegalitäre und eine befürwortende Politik des Privateigentums - umzusetzen. Oder anders ausgedrückt: Ein Mensch ist nicht ehrenhaft, weil er demokratisch gewählt ist. Wenn überhaupt, macht ihn das zu einem Verdächtigen. Trotz der Tatsache, dass eine Person demokratisch gewählt wurde, kann er immer noch ein anständiger und ehrenwerter Mann sein; wir haben schon mal von einem gehört.

Von diesen Prinzipien kommen wir nun zum Problem der Anwendung. Die grundlegenden Einsichten - das heißt: der monopolisierte Schutz, ein Staat, wird zwangsläufig zum Aggressor werden und zu Verteidigungsunfähigkeit führen; und politische Zentralisierung und Demokratie sind Mittel zur Extensivierung und Intensivierung von Ausbeutung und Aggression - während diese grundlegenden Einsichten uns eine allgemeine Richtung zu unserem Ziel geben, reichen sie offensichtlich noch nicht aus, um unser Handeln zu definieren und uns zu sagen, wie wir dorthin gelangen.

Wie kann das Ziel des de-monopolisierten Schutzes und der Gerechtigkeit angesichts der gegenwärtigen Umstände der zentralisierten - fast weltweiten Demokratie - als zumindest zeitweiliger Ausgangspunkt, von dem aus wir beginnen müssen, verwirklicht werden? Lassen Sie mich versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu entwickeln, indem ich zunächst darlege, inwieweit sich das Problem und auch die Lösung dafür im Laufe der letzten 150 Jahre - also seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts - verändert hat.

REFORM VON OBEN NACH UNTEN: BEKEHRUNG DES KÖNIGS

Das Problem bis 1914 war vergleichsweise klein und die mögliche Lösung damals vergleichsweise einfach; und heute, wie wir sehen werden, sind die Dinge schwieriger und die Lösung weitaus komplizierter. Mitte des 19. Jahrhunderts war sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten nicht nur der Grad der politischen Zentralisierung weit weniger ausgeprägt als heute; der südliche Unabhängigkeitskrieg hatte noch nicht stattgefunden, und weder Deutschland noch Italien existierten als vereinigte Staaten.

Vor allem aber hatte das Zeitalter der Massendemokratie in dieser Zeit kaum begonnen. In Europa wurden die Länder nach der Niederlage Napoleons immer noch von Königen und Fürsten regiert, und Wahlen und Parlamente spielten eine geringe Rolle und waren zusätzlich auf eine extrem kleine Anzahl von Großgrundbesitzern beschränkt. In ähnlicher Weise wurde in den Vereinigten Staaten die Regierung von kleinen aristokratischen Eliten geführt, und die Abstimmung wurde durch strenge Eigentumsanforderungen eingeschränkt. Schließlich sollten nur diejenigen, die etwas zu schützen haben, die Agenturen leiten, die den Schutz übernehmen.

Vor einhundertfünfzig oder gar hundert Jahren war zur Lösung des Problems nur das Folgende notwendig. Es wäre nur nötig gewesen, den König zu zwingen zu erklären, dass von nun an jeder Bürger die Freiheit hätte, seinen eigenen Beschützer zu wählen und jeder Regierung, der er wollte, Treue zu schwören. Das heißt, der König würde nicht mehr davon ausgehen, jemandes Beschützer zu sein, es sei denn, diese Person hatte ihn darum gebeten und den Preis, den der König für einen solchen Dienst verlangt hätte, akzeptiert.

Was wäre in diesem Fall passiert? Was wäre wohl geschehen, wenn, sagen wir, der österreichische Kaiser im Jahre 1900 eine solche Erklärung abgegeben hätte? Lassen Sie mich versuchen, eine kurze Skizze oder ein Szenario dessen zu geben, was meiner Meinung nach in dieser Situation wahrscheinlich eingetreten wäre.

Erstens hätte jeder nach dieser Erklärung sein uneingeschränktes Recht auf Selbstverteidigung wiedererlangt und hätte frei entscheiden können, ob er mehr oder besseren Schutz als den der Selbstverteidigung wünscht, und wenn ja, wo und vor wem er diesen Schutz sicherstellt. Die meisten Menschen in dieser Situation hätten sich zweifellos dafür entschieden, die Arbeitsteilung zu nutzen und sich neben der Selbstverteidigung auch auf spezialisierte Beschützer verlassen.

Zweitens: Auf der Suche nach Beschützern, hätte fast jeder nach Personen oder Agenturen gesucht, die die Mittel besitzen oder erwerben können, um die Aufgabe des Schutzes zu gewährleisten - das heißt, die selbst ein Interesse an dem zu schützenden Gebiet in Form von substanziellen Eigentumsbeständen haben - und die einen etablierten Ruf als zuverlässig, umsichtig, ehrenhaft und gerecht besitzen.

Man kann davon ausgehen, dass niemand ein gewähltes Parlament für diese Aufgabe in Betracht gezogen hätte. Stattdessen hätte sich fast jeder um Hilfe an einen oder mehreren von drei Orten gewandt: entweder der König selbst, der jetzt kein Monopolist mehr ist; oder ein regionaler oder lokaler Adliger, Magnat oder Aristokrat; oder eine regionale, nationale oder sogar internationale Versicherungsgesellschaft.

Offensichtlich würde der König selbst diese Anforderungen erfüllen, die ich gerade erwähnt habe, und viele Menschen hätten ihn freiwillig als ihren Beschützer ausgewählt. Gleichzeitig hätten sich aber auch viele Menschen vom König getrennt; von diesen hätte sich wahrscheinlich ein großer Teil an verschiedene regionale Adlige oder Magnaten gewandt, die nun von natürlichem statt erblichem Adel sind. Und auf einer kleineren territorialen Skala würden diese lokalen Adligen die gleichen Vorteile bieten können, wie der König selbst. Und diese Verlagerung auf regionale Protektoren würde zu einer deutlichen Dezentralisierung in der Organisation und Struktur der Sicherheitsindustrie führen. Und diese Dezentralisierung wäre nur ein Spiegelbild privater oder subjektiver Schutzinteressen - das heißt, die Tendenz zur Zentralisierung, die ich bereits erwähnt habe, hat auch zu einer Überzentralisierung des Schutzgeschäfts geführt.

Schließlich hätten sich fast alle anderen, vor allem in den Städten, um Schutz an gewerbliche Versicherungsgesellschaften, wie Feuerversicherer, gewandt. Versicherungen und der Schutz des Privateigentums sind offensichtlich sehr eng miteinander verbunden. Ein besserer Schutz führt zu geringeren Versicherungszahlungen. Und durch den Eintritt der Versicherer in den Schutzmarkt wären schnell Schutzverträge statt unspezifischer Versprechungen zur Standardproduktform geworden, in der Schutz geboten worden wäre.

Aufgrund der Art der Versicherung würden der Wettbewerb und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Schutzversicherern die Entwicklung universeller Verfahrensregeln, Beweismittel, Konfliktlösung und Schiedsverfahren fördern. Außerdem würde sie die gleichzeitige Homogenisierung und Dehomogenisierung der Bevölkerung in verschiedene Klassen von Personen mit unterschiedlichen Gruppenrisiken hinsichtlich ihres Eigentumschutzes und dementsprechend unterschiedlicher Schutzversicherungsprämien fördern. Alle systematischen und

vorhersehbaren Einkommens- und Vermögensumverteilungen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Bevölkerung, wie sie unter monopolistischen Bedingungen bestünden, würden sofort beseitigt. Und das würde natürlich für Frieden sorgen.

Am wichtigsten ist, dass die Art des Schutzes und der Verteidigung grundlegend verändert worden wäre. Unter monopolistischen Bedingungen gibt es nur einen Beschützer; ob es monarchisch oder demokratisch ist, spielt in dieser Hinsicht keine Rolle, eine Regierung wird stets als Verteidigung und Schutz eines bestehenden und zusammenhängendes Gebiet begriffen. Dieses Merkmal ist jedoch das Ergebnis eines obligatorischen Schutzmonopols. Mit der Abschaffung eines Monopols würde dieses Merkmal sofort als höchst unnatürlich oder sogar künstlich verschwinden. Es könnte ein paar lokale Beschützer gegeben haben, die nur ein zusammenhängendes Gebiet verteidigen würden. Aber es hätte auch andere Beschützer gegeben, wie den König oder Versicherungsagenturen, deren Schutzgebiet aus weit verbreiteten Flickenteppichen uneinheitlicher Teile, Stücke und Strecken bestünde. Und die „Grenzen“ jeder Regierung wären in ständigem Wandel. Gerade in Städten wäre es nicht ungewöhnlicher, wenn zwei Nachbarn unterschiedliche Schutzagenturen hätten, als wenn es unterschiedliche Feuerversicherer gäbe.

Diese Flickenteppich-Struktur aus Schutz und Verteidigung verbessert den Schutz. Monopolistische, zusammenhängende Verteidigung setzt voraus, dass die Sicherheitsinteressen der gesamten Bevölkerung, die in einem gegebenen Gebiet lebt, irgendwie homogen sind. Das heißt, dass alle Menschen in einem bestimmten Gebiet die gleichen Verteidigungsinteressen haben. Aber das ist eine höchst unrealistische und tatsächlich unwahre Annahme. Tatsächlich sind die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen extrem heterogen. Menschen können einfach Eigentum an einem Ort oder an zahlreichen territorial weit verstreuten Orten besitzen, oder sie können weitgehend autark sein oder nur von sehr wenigen Menschen in ihrem wirtschaftlichen Umgang abhängig sein; oder auf der anderen Seite können sie tief in den Markt integriert sein und wirtschaftlich von Tausenden und Abertausenden von Menschen abhängig sein, die über große Gebiete verstreut sind.

Die Flickenteppich-Struktur der Sicherheitsindustrie würde nur diese Realität der stark diversifizierten Sicherheitsbedürfnisse widerspiegeln, die für verschiedene Menschen bestehen. Auch diese Struktur würde wiederum die Entwicklung einer entsprechenden Schutzbewaffnung anregen. Anstatt Waffen und Instrumente für Großflächenbombardements herzustellen und zu entwickeln, würden Instrumente entwickelt, um kleine Gebiete ohne Kollateralschäden zu schützen.

Da zudem alle interregionalen Umverteilungen von Einkommen und Reichtum in einem wettbewerbsorientierten System eliminiert würden, würde die Flickenteppich-Struktur auch die beste Garantie für den interterritorialen Frieden bieten. Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von interterritorialen Konflikten würden reduziert, wenn es Flickenteppiche gäbe. Und weil jeder ausländische Eindringling sozusagen sofort, selbst wenn er nur in ein kleines Stück Land eindringen würde, in die Opposition und militärische und wirtschaftliche Gegenangriffe mehrerer unabhängiger Schutzagenturen geraten würde, würde auch die Gefahr ausländischer Invasionen verringert.

Indirekt ist zumindest teilweise bereits klar, wie und warum es im Laufe der letzten 150 Jahre so viel schwieriger geworden ist, diese Lösung zu erreichen. Lassen Sie

mich auf einige der grundlegenden Veränderungen hinweisen, die eingetreten sind und die all diese Probleme weitaus größer machen. Zunächst einmal ist es nicht mehr möglich, die Reformen von oben nach unten durchzuführen. Klassische Liberale, während der alten monarchischen Tage, konnten und haben in der Tat häufig darüber nachgedacht und haben allen Ernstes geglaubt, den König einfach von ihren Ansichten zu überzeugen, und baten ihn, von seiner Herrschaft abzudanken, dann wäre alles andere fast automatisch so gekommen.

Heute gilt das Schutzmonopol des Staates als öffentliches und nicht mehr als privates Eigentum, und die Regierungsgewalt ist nicht mehr an eine bestimmte Person gebunden, sondern an bestimmte Funktionen, die von ungenannten oder anonymen Personen als Mitglieder einer demokratischen Regierung ausgeübt werden. Daher funktioniert die Überzeugungsstrategie eines oder weniger Männer nicht mehr. Es spielt keine Rolle, ob man ein paar hochrangige Regierungsbeamte - den Präsidenten und eine Handvoll Senatoren - bekehrt, denn innerhalb der Regeln der demokratischen Regierung hat kein Individuum die persönliche Macht, das Schutzmonopol der Regierung aufzugeben. Könige hatten diese Macht, Präsidenten haben sie nicht.

Der Präsident kann nur von seinem Amt zurücktreten, das dann von jemand anderem übernommen wird. Aber er kann das Monopol des staatlichen Schutzes nicht auflösen, weil angeblich das Volk die Regierung besitzt, und nicht der Präsident selbst. Unter demokratischer Herrschaft erfordert die Abschaffung des Regierungsmonopols von Gerechtigkeit und Schutz entweder, dass eine Mehrheit der Öffentlichkeit und ihrer gewählten Vertreter das Regierungsmonopol auf Schutz und dementsprechend alle obligatorischen Steuern für abgeschafft erklären müssten, oder sogar noch restriktiver, dass buchstäblich niemand wählen würde und die Wahlbeteiligung null wäre. Nur in diesem Fall könnte das demokratische Schutzmonopol wirksam abgeschafft werden. Aber das würde im Grunde bedeuten, dass es unmöglich wäre, sich jemals von einer ökonomischen und moralischen Perversion zu befreien. Denn heutzutage ist es eine Selbstverständlichkeit, dass jeder, einschließlich des Mobs, an der Politik teilnimmt, und es ist unvorstellbar, dass der Mob jemals, in seiner Mehrheit oder sogar in seiner Gesamtheit, auf die Ausübung seines Stimmrechts verzichten oder davon absehen würde, was nichts anderes ist als die Ausübung der Gelegenheit, das Eigentum anderer zu plündern darstellt.

Auch wenn man entgegen aller Wahrscheinlichkeit davon ausgeht, dass dies erreicht würde, enden die Probleme damit nicht. Denn eine weitere grundlegende soziologische Wahrheit im Zeitalter der modernen egalitären Massendemokratie ist die fast vollständige Zerstörung der natürlichen Eliten. Der König könnte auf sein Monopol verzichten, und die Sicherheitsbedürfnisse der Öffentlichkeit wären immer noch fast automatisch erfüllt worden, weil es für den König selbst, aber auch für regionale und lokale Adlige und große unternehmerische Persönlichkeiten, eine klar sichtbare und etablierte natürliche, freiwillig anerkannte Elite und eine vielschichtige Struktur von Hierarchien und Rangordnungen gab, an die sich die Menschen mit ihrem Wunsch, beschützt zu werden, wenden konnten.

DAS VERSCHWINDEN VON NATÜRLICHEN ELITEN

Heute, nach weniger als einem Jahrhundert der Massendemokratie, gibt es keine solchen natürlichen Eliten und sozialen Hierarchien, an die man sich sofort für Schutz wenden könnte. Natürliche Eliten und hierarchische soziale Ordnungen und

Organisationen, d.h. Menschen und Institutionen, die eine vom Staat unabhängige Autorität und Achtung besitzen, sind für einen Demokraten noch unerträglicher und inakzeptabler und mit dem demokratischen Geist des Egalitarismus unvereinbarer, als das sie für einen König oder einen Prinzen eine Bedrohung darstellten. Und aus diesem Grund wurden unter den demokratischen Spielregeln alle unabhängigen Behörden, alle unabhängigen Institutionen systematisch durch wirtschaftliche Maßnahmen zur Bedeutungslosigkeit ausgelöscht oder geschwächt. Heute besitzt keine Person oder Institution außerhalb der Regierung selbst eine echte nationale oder sogar regionale Autorität. Statt Menschen mit unabhängiger Autorität haben wir jetzt nur noch eine Fülle prominenter Menschen: Sport- und Filmstars, Popstars und natürlich Politiker. Aber diese Leute, während sie in der Lage sein mögen, Trends zu setzen und Moden zu formen, besitzen nicht so etwas wie natürliche, persönliche, soziale Autorität.

Das gilt vor allem für Politiker: Sie mögen heute große Stars sein, jeden Tag im Fernsehen und Gegenstand öffentlicher Debatten, aber das liegt fast ausschließlich daran, dass sie Teil des gegenwärtigen Staatsapparats mit seinen monopolistischen Kräften sind. Sobald dieses Monopol aufgelöst würde, würden diese „Stars“ der Politik zu Nicht-Entitäten werden, denn im wirklichen Leben sind sie meistens Taugenichtse, Totalausfälle und Volltrottel. Und nur die Demokratie erlaubt es ihnen, zu diesen hohen Positionen aufzusteigen. Ohne ihre Funktionen, ihren persönlichen Errungenschaften überlassen, sind sie, fast ausnahmslos, vollkommene Nullnummern. Kurz gesagt, sobald die demokratische Regierung erklärt hätte, dass ab jetzt jeder frei sein würde, seinen eigenen Richter und Beschützer zu wählen, so dass er immer noch die Regierung zum Schutz wählen kann, aber nicht mehr muss, wer würde sie bei vollem geistigen Verstand jemals wählen?! Nochmal: Die derzeitigen Mitglieder der Parlamente und der Bundesregierung: Wer würde sie freiwillig als Richter und Beschützer wählen?! Diese Frage zu stellen, bedeutet sie zu beantworten. Könige und Fürsten besaßen echte Autorität; es war Zwang beteiligt, keine Zweifel diesbezüglich, aber sie erhielten eine erhebliche Menge an freiwilliger Unterstützung.

Demgegenüber werden demokratische Politiker in der Regel verachtet, selbst von ihrem eigenen Wahlkreis. Aber dann gibt es auch niemanden, an den man sich wenden könnte, um Schutz zu erlangen. Lokale und regionale Politiker stellen grundsätzlich das gleiche Problem dar, und mit der Abschaffung ihrer Monopolmacht bieten sie offensichtlich auch keine attraktive Alternative zu diesem Problem. Auch gibt es keine großen Unternehmerpersönlichkeiten, die als Alternative bereitstehen, und insbesondere die Versicherungsgesellschaften sind fast vollständig zu Geschöpfen des egalitären demokratischen Staates geworden und scheinen daher so wenig vertrauenswürdig wie jeder andere zu sein, um diese besonders wichtige Aufgabe des Schutzes und der Gerechtigkeit zu übernehmen.

Wenn man also heute das täte, was der König vor hundert Jahren hätte tun können, bestünde die unmittelbare Gefahr, tatsächlich ein soziales Chaos zu haben, oder eine „Anarchie“ im schlechten Sinne. Die Menschen würden in der Tat zumindest vorübergehend sehr gefährdet und wehrlos werden. Dann stellt sich die Frage: Gibt es keinen Ausweg? Lassen Sie mich die Antwort im Voraus zusammenfassen: Ja, aber statt durch die Reform von oben nach unten muss man jetzt die Strategie einer von unten nach oben Revolution verfolgen. Und anstatt eines Kampfes an einer einzigen Front wird eine liberal-libertäre Revolution jetzt viele Kämpfe an vielen

Fronten mit sich bringen müssen. Das heißt, wir benötigen eher Guerillakrieg als konventionelle Kriegsführung.

DIE ROLLE DER INTELLEKTUELLEN

Bevor diese Antwort als ein weiterer Schritt in Richtung dieses Ziels erklärt wird, muss eine zweite soziologische Tatsache anerkannt werden: die Veränderung der Rolle der Intellektuellen, der Bildung und der Ideologie. Sobald die Schutzbehörde ein territorialer Monopolist wird - das heißt, ein Staat - wird sie von einem echten Protektor in einen Schutzgelderpresser verwandelt. Und angesichts des Widerstands der Opfer dieser Schutzgelderpressung braucht ein Staat Legitimität, intellektuelle Rechtfertigung für das, was er tut. Je mehr sich der Staat von einem Schutzherrn zu einem Schutzgelderpresser wandelt - das heißt, mit jeder zusätzlichen Erhöhung der Steuern und Regulierungen - desto größer wird dieses Legitimationsbedürfnis.

Um ein korrektes etatistisches Denken zu gewährleisten, wird ein Schutzmonopolist seine privilegierte Position als Schutzgelderpresser einsetzen, um schnell ein Bildungsmonopol aufzubauen. Bereits im 19. Jahrhundert war die Bildung, zumindest auf der Ebene der Grundschul- und Universitätsbildung, unter entschieden undemokratischen monarchischen Bedingungen weitgehend monopolistisch organisiert und durch Zwang finanziert. Und zwar weitgehend aus den Reihen der königlichen Regierungslehrer und -professoren, also jener Menschen, die als intellektuelle Leibwächter von Königen und Fürsten eingesetzt worden waren, von denen aus die monarchische Herrschaft und die Privilegien von Königen und Adligen ideologisch untergraben und stattdessen egalitäre Ideen in Form von Demokratie und Sozialismus gefördert wurden.

Dies geschah mit gutem Grund aus der Sicht der Intellektuellen. Denn Demokratie und Sozialismus vervielfachen tatsächlich die Zahl der Erzieher und Intellektuellen, und diese Ausweitung des staatlichen Bildungssystems hat wiederum zu einer immer größeren Flut von intellektueller Verschwendung und Verschmutzung geführt. Der Preis der Bildung als Preis des Schutzes und der Gerechtigkeit ist unter monopolistischer Verwaltung dramatisch gestiegen, während die Qualität der Bildung, ebenso wie die Qualität der Gerechtigkeit, kontinuierlich gesunken ist. Heute sind wir so ungeschützt wie ungebildet.

Ohne das Fortbestehen des demokratischen Systems und der öffentlich finanzierten Bildung und Forschung wären die meisten derzeitigen Lehrer und Intellektuellen jedoch arbeitslos oder ihr Einkommen würde auf einen kleinen Bruchteil seines derzeitigen Niveaus sinken. Anstatt die Syntax der Ebonics, das Liebesleben von Mücken oder für 100.000 \$ im Jahr die Beziehung zwischen Armut und Kriminalität zu untersuchen, würden sie die Wissenschaft des Kartoffelanbaus oder die Technologie des Gaspumpenbetriebs für 20.000 \$ erforschen.

Das monopolisierte Bildungssystem ist inzwischen ebenso problematisch wie das monopolisierte Schutz- und Justizsystem. In der Tat ist die staatliche Bildung sowie Forschung und Entwicklung das zentrale Instrument, mit dem sich der Staat vor dem Widerstand der Öffentlichkeit schützt. Heute sind Intellektuelle aus Sicht der Regierung für die Erhaltung des Status Quo genauso wichtig oder sogar noch wichtiger als Richter, Polizisten und Soldaten.

Und so wie man das demokratische System nicht von oben nach unten aus dem politischen System bekehren kann, so ist auch nicht damit zu rechnen, dass diese

Bekehrung aus dem etablierten System der öffentlichen Bildung und der öffentlichen Universitäten kommt. Dieses System kann nicht reformiert werden. Für Liberal-Libertäre ist es unmöglich, das öffentliche Bildungssystem zu infiltrieren und zu übernehmen, wie es die Demokraten und Sozialisten tun konnten, als sie die Monarchisten ersetzt haben.

Aus der Sicht des klassischen Liberalismus muss das gesamte System der öffentlichen, bzw. steuerfinanzierten Bildung restlos beseitigt werden. Und mit dieser Überzeugung ist es offensichtlich unmöglich für jemanden, eine Karriere unter diesen Bedingungen zu machen. Ich werde nie in der Lage sein, Präsident einer Universität zu werden. Meine Ansichten hindern mich daran, eine Karriere wie diese zu machen. Nun soll das nicht heißen, dass Bildung und Intellektuelle keine Rolle bei der Herbeiführung einer libertären Revolution spielen. Ganz im Gegenteil: Wie ich bereits dargelegt habe, hängt alles letztendlich von der Frage ab, ob es uns gelingt, als wirtschaftliche und moralische Perversität die Demokratie und das demokratische Monopol der Gerechtigkeit und des Schutzes zu delegitimieren und zu entlarven.

Das ist offensichtlich nichts anderes als ein ideologischer Kampf. Aber es wäre falsch, davon auszugehen, dass die offizielle Wissenschaft eine Hilfe in diesem Bestreben sein wird. Als Sozialhilfeempfänger der Regierung werden Erzieher, Lehrer und Intellektuelle tendenziell eher Etatisten sein. Intellektuelle Munition und ideologische Ausrichtung und Koordination können nur von außerhalb etablierter Akademien kommen, von Zentren des intellektuellen Widerstands - von einer intellektuellen Gegenkultur außerhalb und unabhängig von und in grundsätzlicher Opposition zum staatlichen Monopol des Schutzes sowie der Bildung, wie dem Mises-Institut.

EINE REVOLUTION VON UNTEN NACH OBEN

Kommen wir endlich zur detaillierten Erklärung der Bedeutung dieser von unten nach oben gerichteten revolutionären Strategie. Lassen Sie mich dazu auf meine früheren Bemerkungen über den defensiven Einsatz von Demokratie zurückkommen, das heißt, der Einsatz demokratischer Mittel für nicht-demokratische, libertäre Mittel für das Privateigentum. Zwei vorläufige Einsichten habe ich hier bereits erreicht.

Erstens, aus der Unmöglichkeit einer Strategie von oben nach unten folgt, dass man wenig oder gar keine Energie, Zeit und Geld für landesweite politische Wettbewerbe, wie Präsidentschaftswahlen, aufwenden sollte. Und ebenso wenig bei Wettbewerben für eine Zentralregierung, insbesondere weniger Aufwand bei Abgeordnetenrennen wie zum Beispiel bei Parteienrennen.

Zweitens folgt aus der Einsicht in die Rolle der Intellektuellen, dass man bei der Bewahrung des gegenwärtigen Systems, der gegenwärtigen Schutzgelderpressung, ebenfalls wenig oder gar keine Energie, Zeit oder Geld aufwenden sollte, um Bildung und Wissenschaft von innen heraus zu reformieren. Indem man beispielsweise freiberufliche oder private Liegenschaftslehrstühle innerhalb des etablierten Hochschulsystems ausstattet, hilft man nur, der Idee Legitimität zu verleihen, gegen die man sich wehren will. Die offiziellen Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen systematisch ent-finanziert und ausgetrocknet werden. Und um dies zu tun, sollte natürlich jede Unterstützung der intellektuellen Arbeit, die eine wesentliche Aufgabe dieser Gesamtaufgabe vor uns ist, den Institutionen und Zentren gegeben werden, die entschlossen sind, genau dies zu tun.

Die Gründe für diese beiden Ratschläge sind einfach: Weder die Bevölkerung als Ganzes noch alle Erzieher und Intellektuellen im Besonderen sind ideologisch vollständig homogen. Und selbst wenn es unmöglich ist, eine Mehrheit für eine entschieden antidemokratische Plattform auf nationaler Ebene zu gewinnen, scheint es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu geben, eine solche Mehrheit in ausreichend kleinen Distrikten und für lokale oder regionale Funktionen innerhalb der gesamten demokratischen Regierungsstruktur zu gewinnen. Tatsächlich scheint nichts unrealistisch daran zu sein, anzunehmen, dass solche Mehrheiten an Tausenden von Orten existieren. Das heißt, Standorte, die im ganzen Land existieren, aber nicht gleichmäßig verteilt. Auch wenn die intellektuelle Klasse im Großen und Ganzen als natürliche Feinde der Gerechtigkeit und des Schutzes angesehen werden muss, gibt es an verschiedenen Orten isolierte anti-intellektuelle Intellektuelle, und wie das Mises-Institut beweist, ist es sehr gut möglich, diese isolierten Figuren um ein intellektuelles Zentrum herum zu sammeln und ihnen Einheit und Stärke und ein nationales oder sogar ein internationales Publikum zu verleihen.

Aber was dann? Alles andere fällt fast automatisch vom Endziel ab, das bei allen Tätigkeiten ständig im Auge behalten werden muss: die Wiederherstellung vom Unten nach Oben des Privateigentums und das Recht auf Eigentumsschutz; das Recht auf Selbstverteidigung, auf Ausschluss oder Einbeziehung und auf Vertragsfreiheit. Und die Antwort kann in zwei Teile zerlegt werden.

Erstens, was in diesen sehr kleinen Bezirken zu tun ist, in denen ein eigentumsbefürwortender Kandidat und eine anti-mehrheitliche Persönlichkeit gewinnen kann. Und zweitens, wie mit den höheren Regierungsebenen umzugehen ist, und vor allem mit der zentralen Bundesregierung. Zunächst, als ersten Schritt, und ich beziehe mich jetzt auf das, was auf lokaler Ebene getan werden sollte, sollte der erste zentrale Punkt der eigenen Plattform sein: Man muss versuchen, das Stimmrecht über lokale Steuern, insbesondere über Grundsteuern und -regulierungen, auf Grundstücks- und Immobilieneigentümer zu beschränken. Nur Eigentümer dürfen abstimmen, und ihre Stimme ist nicht gleich, sondern in Übereinstimmung mit dem Wert des Eigenkapitals und der Höhe der gezahlten Steuern. Das heißt, ähnlich wie es Lew Rockwell bereits erklärt hat, wie dies an manchen Orten in Kalifornien passiert ist.

Darüber hinaus müssen alle öffentlichen Angestellten - Lehrer, Richter, Polizisten und alle Sozialhilfeempfänger - von der Abstimmung über lokale Steuern und Vorschriften ausgeschlossen werden. Diese Menschen werden von Steuern bezahlt und sollten auf keine Art und Weise mitbestimmen dürfen, wie hoch diese Steuern sind. Mit dieser Plattform kann man natürlich nicht überall gewinnen; man kann nicht in Washington D.C. mit einer Plattform wie dieser gewinnen, aber ich behaupte sagen zu können, dass dies an vielen Orten leicht möglich ist. Die Standorte müssen klein genug sein und eine ansehnliche Anzahl an anständigen Menschen haben.

Folglich werden die lokalen Steuern und Sätze sowie die lokalen Steuereinnahmen unweigerlich sinken. Die Immobilienwerte und die meisten lokalen Einkommen würden steigen, während die Zahl und die Bezahlung der öffentlichen Angestellten sinken würden. Nun, und das ist der entscheidende Schritt, muss Folgendes getan werden, und denken Sie immer daran, dass ich von sehr kleinen territorialen Bezirken und Dörfern spreche.

In dieser Staatsfinanzierungskrise, die ausbricht, sobald dem Mob das Wahlrecht entzogen wurde, müssen als Ausweg aus dieser Krise alle kommunalen Staatsvermögen privatisiert werden. Eine Bestandsaufnahme aller öffentlichen Gebäude, und auf lokaler Ebene ist das nicht so viel - Schulen, Feuerwehren, Polizeistationen, Gerichtsgebäude, Straßen, und so weiter - dann sollten Eigentumsanteile oder Aktien an die lokalen privaten Eigentümer verteilt werden, in Übereinstimmung mit der Gesamtheit an Steuern - Grundsteuern - über das gesamte Leben, die diese Leute bezahlt haben. Schließlich gehört es ihnen, sie haben für diese Dinge bezahlt.

Diese Aktien sollten frei handelbar sein, verkauft und gekauft, und damit würde die lokale Regierung im Wesentlichen abgeschafft werden. Ohne das Fortbestehen höherer Regierungsebenen wäre dieses Dorf oder diese Stadt nun ein freies oder befreites Territorium. Was würde anschließend mit der Bildung geschehen und, was wichtiger ist, was würde mit Eigentumsschutz und Gerechtigkeit geschehen?

Auf der kleinen lokalen Ebene können wir genauso sicher oder sogar noch sicherer sein, als wir es vor 100 Jahren über das, was geschehen wäre, wenn der König abgedankt hätte, gewesen wären, dass das, was geschehen würde, ungefähr das folgende ist: alle materiellen Ressourcen, die zuvor diesen Funktionen gewidmet waren - Schulen, Polizeistationen, Gerichtsgebäude - existieren noch, und ebenso die Arbeitskräfte. Der einzige Unterschied besteht darin, dass sie sich jetzt in Privatbesitz befinden oder im Falle öffentlicher Angestellter vorübergehend arbeitslos sind. Unter der realistischen Annahme, dass es weiterhin eine lokale Nachfrage nach Bildung, Schutz und Gerechtigkeit gibt, werden die Schulen, Polizeistationen und Gerichtsgebäude immer noch für die gleichen Zwecke genutzt. Und viele ehemalige Lehrer, Polizisten und Richter würden wieder eingestellt werden oder ihre frühere Position auf eigene Faust als selbstständige Personen wieder einnehmen, außer dass sie von lokalen hohen Tieren oder Eliten, die diese Dinge besitzen, betreiben oder beschäftigt würden, die alle persönlich bekannte Figuren sind. Entweder als gewinnorientierte Unternehmen oder als, was wahrscheinlicher zu sein scheint, eine Mischung aus gemeinnütziger und wirtschaftlicher Organisation. Lokale hohe Tiere stellen häufig öffentliche Güter aus ihrer eigenen privaten Tasche zur Verfügung; und sie haben offensichtlich das größte Interesse an der Erhaltung von lokaler Gerechtigkeit und Frieden.

Und das alles ist einfach genug, um für Schulen und Polizisten zu arbeiten, aber was ist mit Richtern und Gerechtigkeit? Erinnern Sie sich daran, dass die Wurzel allen Übels die obligatorische Monopolisierung der Gerechtigkeit ist, das heißt, eine Person sagt, dass dies richtig ist. Dementsprechend müssen Richter frei finanziert und der freie Eintritt in Richterposten gewährleistet sein. Die Richter werden nicht durch Abstimmung gewählt, sondern durch die tatsächliche Forderung von Gerechtigkeitssuchenden. Vergessen Sie auch nicht, dass man unter Berücksichtigung der kleinen lokalen Ebene eigentlich nur von einer Nachfrage nach einem oder sehr wenigen Richtern spricht. Unabhängig davon, ob dieser oder jener Richter dann bei der privaten Gerichtsvereinigung oder Aktiengesellschaft angestellt ist oder ob es sich um selbstständige Personen handelt, die diese Einrichtungen oder Büros mieten, sollte klar sein, dass nur eine Handvoll lokaler Menschen und nur weithin bekannte und respektierte lokale Persönlichkeiten - d.h. Mitglieder der natürlichen lokalen Elite - eine Chance hätten, als Richter für den lokalen Frieden ausgewählt zu werden.

Nur als Mitglieder der natürlichen Elite wird ihre Entscheidung irgendeine Autorität besitzen und vollstreckbar werden. Und wenn sie Urteile fällen, die als lächerlich angesehen werden, werden sie sofort von anderen lokalen Behörden vertrieben, die respektabler sind. Wenn man auf lokaler Ebene in diese Richtung geht, kann man natürlich nicht vermeiden, dass man in direkten Konflikt mit der Landes- und vor allem der Bundesebene der Regierungsgewalt gerät. Wie geht man mit diesem Problem um? Würden die Bundesbehörden nicht einfach einen solchen Versuch zerschlagen?

Sie würden es sicherlich gerne, aber ob sie es tatsächlich können oder nicht, ist eine ganz andere Frage, und um dies zu erkennen, muss man nur anerkennen, dass die Mitglieder des Regierungsapparats auch unter den Bedingungen der Demokratie immer nur einen winzigen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen. Und noch kleiner ist der Anteil der Beschäftigten im Zentralstaat.

Dies impliziert, dass eine Zentralregierung ihren legislativen Willen oder ihr pervertiertes Gesetz nicht auf die gesamte Bevölkerung durchsetzen kann, es sei denn, sie findet dabei eine breite lokale Unterstützung und Zusammenarbeit. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich eine große Anzahl freier Städte oder Dörfer vorstellt, wie ich sie zuvor beschrieben habe. Es ist praktisch unmöglich, sowohl in Bezug auf die Arbeitskraft als auch in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit, tausende von territorial weit verstreuten Orten zu übernehmen und ihnen eine direkte Herrschaft des Bundes aufzuerlegen.

Ohne lokale Durchsetzung durch die zuständigen lokalen Behörden ist der Wille der Zentralregierung nicht viel mehr als heiße Luft. Doch genau diese lokale Unterstützung und Zusammenarbeit muss fehlen. Gewiss, solange die Zahl der befreiten Gemeinschaften noch gering ist, scheinen die Dinge etwas gefährlich zu sein. Aber auch während dieser Anfangsphase im Befreiungskampf, kann man ziemlich zuversichtlich sein.

In dieser Phase scheint es vernünftig zu sein, eine direkte Konfrontation mit der Zentralregierung zu vermeiden und ihre Autorität nicht offen zu verurteilen oder sogar dem Reich abzuschwören. Vielmehr erscheint es ratsam, eine Politik des passiven Widerstands und der Nichtkooperation zu verfolgen. Man hört einfach auf, bei der Durchsetzung jedes Bundesgesetzes zu helfen. Man nimmt die folgende Haltung an: „Das sind eure Regeln, und ihr setzt sie durch. Ich kann Sie nicht behindern, aber ich werde Ihnen auch nicht helfen, da meine einzige Verpflichtung bei meinen lokalen Wählern liegt.“

Konsequent angewendet, keine Kooperation, keinerlei Unterstützung auf irgendeiner Ebene, die Macht der Zentralregierung würde stark abgeschwächt oder sogar verdampfen. Und angesichts der allgemeinen öffentlichen Meinung scheint es höchst unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung es wagen würde, ein Gebiet zu besetzen, dessen Bewohner nichts anderes taten, als sich um ihr eigenes Geschäft zu kümmern. Waco, eine winzige Gruppe von Freaks, ist eine Sache. Aber eine signifikant große Gruppe normaler, angesehener, aufrechter Bürger zu besetzen oder auszulöschen, ist eine ganz andere und etwas schwieriger.

Sobald die Zahl der implizit abgespaltenen Territorien eine kritische Masse erreicht hat und jeder Erfolg an einem kleinen Ort den nächsten fördert und ernährt, wird er sich unweigerlich zu einer landesweiten kommunalen Bewegung weiter

radikalisieren, mit explizit secessionistischer lokaler Politik und offen und verächtlich verunglimpfter Nichteinhaltung gegenüber der Autorität der Bundesregierung.

Und dann, wenn die Zentralregierung gezwungen sein wird, ihr Schutzmonopol aufzugeben, kann die Beziehung zwischen den lokalen Behörden, die wieder auftauchen, und den zentralen Autoritäten, die kurz davor stehen, ihre Macht zu verlieren, auf eine rein vertragliche Ebene gestellt werden, und man könnte die Macht zurückgewinnen, sein eigenes Eigentum wieder zu verteidigen.

Das 1982 gegründete Mises-Institut ist ein Lehr- und Forschungszentrum zur Erforschung der österreichischen Wirtschaftswissenschaften, der libertären und klassischen liberalen politischen Theorie und der friedlichen internationalen Beziehungen. Zur Unterstützung der Denkschule, die von Ludwig von Mises, Murray N. Rothbard, Henry Hazlitt und F.A. Hayek vertreten wird, veröffentlichen wir Bücher und Zeitschriften, sponsern Studenten- und Fachkonferenzen und bieten Online-Ausbildung an. Mises.org ist eine riesige Bibliothek an frei verfügbarem Material für jeden in der Welt, der an diesen Ideen interessiert ist. Denn wir suchen einen radikalen Wandel im intellektuellen Klima, weg vom Etatismus und hin zu einer Privateigentumsordnung.

Weitere Informationen finden Sie unter mises.org, schreiben Sie uns an contact@mises.org oder rufen Sie uns unter 1.800 an.OF.MISES.

Mises Institute

518 West Magnolia Avenue

Auburn, Alabama 36832